

Volksstimme

Einzelpreis 5 1/2 Millionen

Sageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Montagabend. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Paris, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechanlagen: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsnummer 2 Nachtrag, Seite 11a. — Bezugspreis: Woche vom 8. bis 14. Oktober 30 Millionen Mark, Abnehmer 29 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 84 Mt., auswärts 108 Mt.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 Mt.; Vereinstatender 96 Mt.; die dreispaltige, 20 Millimeter breite Reklamazeile örtlich 42 Mt.; auswärts 54 Mt. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Vereins der Deutsch. Zeitungsverleger, ab 6 Mt. 100 000. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverrichtungen keine Gewähr. — Postkassentor Nr. 127 Magdeburg

Nr. 236.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Bei vollen Scheunen verhungern.

Bauern, verkauft nichts gegen Papiermark

Der Dollar hat die Milliarde überschritten. Und sofort mit einem fürchterlichen Sprung. Er notiert am Mittag des Dienstag einundvierzig Milliarden! Also 1250 000 000 Papiermark! Der Goldwert des Dollars ist 4 Mark 20 Pf. Für eine Goldmark, die's nur in Silber gab, müssen danach in diesem Augenblick rund 300 Millionen Papiermark bezahlt werden. Ein kupperner Pfennig von früher hat den Wert von drei Millionen Papiermark. Oder eine Million Papiermark hat nur noch den Ankaufswert von einem Drittel Pfennig.

Industrie, Handel und Landwirtschaft haben sich längst auf die Goldmark eingestellt. Sie berechnen ihre Preise nach der Goldbasis. Ganz automatisch. Nach dem Steigen des Dollars werden die Preise geändert. Täglich zwei- und dreimal. Davon machen die einheimischen Produkte, die nichts mit dem Dollar zu tun haben, nicht die geringste Ausnahme.

Haben wir bisher schon eine Teuerung gehabt, so wird das, was jetzt einsetzt, alle bisherigen Maße weit hinter sich lassen. Die Papiermillion wird in diesen Tagen wertloses Kleingeld werden. Sie hat ja nur den Wert von einem Drittel Pfennig. Bei einem 100-Millionen-Schein wird das Geld, für das man ein wenig Ware bekommt, erst anfangen.

Der neue jähe, entsetzliche Sturz der Mark ist die Folge des Ueberfalls der Schwerindustriellen, dem sich die Volkspartei dienstbar gemacht hat. Er hat die Krise der großen Koalition herbeigeführt. Sie ist beigelegt. Aber wie viel oder wie wenig Vertrauen das Ausland und die deutschen Spekulanten wie Schieber und Großhändler der Fiskerei beilegen, zeigt der Sturz der Mark gerade an dem Tage, der das neue Vertrauensvotum für Stresemann gebracht hat. „Nimmer dann“, sagte nach dem Ausbruch der Stinneskrise die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, „immer dann, wenn der Dollar ausnahmsweise einmal stehenbleibt, wie es vor der Krise der Fall war, und keinen bequemen Vorwand zu dem solidarischen Wucher abgibt, kommt irgendein parlamentarischer Durcheinander mit großen Worten und unzeitgemäßen „Aktionen“ zustande, das den bei zurückbleibendem Dollar entsetzlichen Ueberwertmarktstand unserer Preise wieder aus der Welt schafft.“

Die Schwerindustriellen, die Beherrscher von Kohle und Eisen, haben's erreicht. Ihr inländischer Preis ist jetzt wieder unter den Goldpreis des Weltmarkts gesunken. Sie können wieder mit einem Scheine von Recht durch ihre Kartelle die Preise in die Höhe schrauben lassen.

Der solidarische Wucher geht weiter.

Mit den volksparteilichen Schwerindustriellen stehen die deutschnationalen Großagrarien im engsten Bündnis. Nicht nur bei der Einfädelung der Diktaturpläne des Stinnes, sondern auch bei dem Sturze der Mark als ihrer Grundlage. Ein Weizenpreis von einer Milliarde ist ihnen viel zu niedrig. Die Papiermark ist ihnen überhaupt kein Gegenwert mehr. Sie rücken keine Lebensmittel mehr heraus, wenn der Käufer ihnen nur Bündel von Papiermark geben kann.

Und es findet sich im Deutschen Reichstag ein Großagrarien und Junker — Graf Westarp geheizen, ein alter konservativer Stämpe aus den wilhelminischen Zeiten —, der die direkte Aufforderung an die Landwirte richtet,

gegen Papiermark nichts zu verkaufen,

der so verworfen und rucklos ist, die Papiermark-Empfänger des ganzen Landes dem Hungertod zu überliefern. Die betreffende Stelle seiner Rede lautet nach einem ausführlichen Bericht:

Dieses Papiergeld, das von Tag zu Tag in seinem Wert um Millionen wechelt, ist kein Zahlungsmittel mehr, dafür kann niemand mehr etwas verkaufen. Dadurch, daß aus parteipolitischen Gründen die Lösung des Währungsproblems verschoben worden ist, entsteht die Gefahr, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungert. (Stürmischer Widerspruch und andauernde Unterbrechungen.) ... Natürlich können dreißig mehr Raden machen, als einer mit seiner Stimme überhören kann. (Präsident Lohbe erhebt wiederholt die Hand.) Bei diesem völligen Verfall der Währung muß das Volk verhungern, und Sie (zu der äußersten Linken) lassen das Volk verhungern bei vollen Scheunen, bloß um Ihrer parteipolitischen Einstellung wegen. (Übermäßige stürmische Unterbrechung.)

Die glatte Aufforderung an die Landwirte, nichts gegen Papiermark herzugeben. Die Mahnung des Junkers wird offene Ohren finden.

Sie gehen gemeinsam vor, nach einheitlichem Plane, die Großagrarien und die Schwerindustriellen, durch den unbezahlten Zehntendtag und die Aushungerung das Volk müde und stumpf zu machen, so daß es sich die Diktatur von Goldjacks Gnaden widerstandslos gefallen läßt. Deshalb lohnt es sich, auf den Vorstoß der Volkspartei zurückzukommen, wenn er auch zum Teil abgewehrt worden ist. Diefem einen Vorstoß werden weitere folgen. Sinnes ist ja im Ruhrgebiet mitten dabei, mit Hilfe und unter dem Schutze der französischen Bajonette den Vergararbeitern gegen Recht und Vertrag selbstherrlich den vereinbarten Arbeitstag zu rauben.

Die Lage, an denen diese Angriffe des koalitierten Großkapitals von Schlotz und Fufels Gnaden erfolgen, sind ja gut gewählt.

In Bayern hat der wittelsbachische Separatismus, der in offenem Kriege gegen die deutsche Republik steht, alle Macht an sich gerissen. Im Rheinland erstarrt, durch den Marksturz begünstigt, von der französischen Besatzung gefördert, der offene Verrat. Die deutschen Ehrenmänner bereiten am Rhein die „Losreißung von der Mark“ vor. Frankreich verharrt trotz der Einstellung des Ruhrkampfes in feindlicher Haltung. Poincaré läßt sich noch immer auf keine Verhandlungen ein. Er wartet, daß die innere Zerklüftung ihm noch Gelegenheit bieten wird, das Reich zu zertrümmern und

das Rheinland zu annektieren.

So ist die nackte Existenz des Reiches in höchster Gefahr! Und in solcher Lage, die die Zusammenfassung aller Kräfte zur Rettung der Nation erfordern würde, wissen Stinnes und seine Mitverschwornen nichts anderes zu tun, als mutwillig einen Konflikt heraufzubeschwören, der die Gefahren, die dem deutschen Volke drohen, ganz ungeheuerlich vergrößert.

Da, in dieser Lage, in diesem Augenblick kam der rechte Flügel der Volkspartei auf Befehl der Kohlen- und Eisennagnaden des Ruhrreviers mit der Forderung, der Reichstag müsse der Regierung die Vollmacht geben, durch

den Achtstundentag aufzuheben.

Nun ist der Achtstundentag den Kommandeuren der Schwerindustrie sicherlich verhaßt. Trotzdem ist es ganz gewiß, daß es ihnen diesmal nicht allein darum zu tun war, den Achtstundentag abzuschaffen, als auch darum, die Regierung zu stürzen, die große Koalition zu zerbrechen.

Dem gerade in diesem Augenblick hatten die Herren gar keinen Anlaß, den Streit um den Achtstundentag plötzlich vom Saune zu brechen. Die deutsche Industrie ist in schwerer Krise, überall werden Feierlichkeiten eingeleitet, überall ist Kurzarbeit eingeführt. Und gerade in dem Augenblick, in dem die Industriegewaltigen ihre Arbeiter nicht einmal 48 Stunden in der Woche zu beschäftigen vermögen, empfinden sie plötzlich das Bedürfnis, die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus auszudehnen! Auch das verlogene Argument, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Steigerung der Ausfuhr ermöglichen und dadurch Zahlungsbilanz und Wechselkurs verbessern würde, trifft gerade jetzt in Deutschland am wenigsten zu. Denn infolge des Marksturzes ist der deutsche Arbeiter jetzt der schlechtestbezahlte Industriearbeiter der Welt.

Die Industrien aller Länder empfinden längst die deutsche Konkurrenz als eine auf den niedrigsten Löhnen beruhende Schmutzkonkurrenz. Würde Deutschland jetzt auch noch die Arbeitszeit verlängern, während doch in allen großen Industrieländern der Achtstundentag besteht, so müßten und würden sich gegen solche Verschärfung der deutschen Schmutzkonkurrenz alle Industrieländer mit Extrazöllen auf deutsche Waren zur Wehr setzen, würde also die deutsche Ausfuhr erst recht auf verstärkte Widerstände stoßen.

Nein, nein, die schweren Zungen von Kohle und Eisen und die ihnen willfährigen Zeitungen können niemand einreden, daß es für das von den schwersten Gefahren von außen und von innen bedrohte Reich jetzt gar keine dringendere Notwendigkeit gebe als die Aufhebung des Achtstundentags!

In Wirklichkeit handelt es sich für die Schwerindustriellen wie für die Agrarien vom Schlag eines Bestorps und Helferrich, die hinter den Kulissen standen und den rechten Flügel der Volkspartei hochhoben, um ganz etwas

andres. Ein Sozialdemokrat war Finanzminister in der ersten großen Koalition. Bis zum Ausbruch der Krise war er machtlos. Solange der Aufrührer Woche für Woche Millionen verschlang, war keinerlei Finanzpolitik möglich. Wer das war Silberding's Programm: Zuerst den Ruhrkampf beenden; dann, wenn das Reich dadurch entlastet ist, durch tief einschneidende Finanzmaßnahmen das Defizit decken, die Mark stabilisieren. Jetzt endlich hätte der sozialdemokratische Finanzminister handeln können. Den Industriemagnaten drohte die Gefahr, daß sie von den beispiellosen Reichtlümmern, die sie in der Zeit der beispiellosen Not aufgehäuft haben,

jetzt endlich würden opfern müssen

für die Rettung des Reiches. Das mußte verhindert werden! Und deshalb, nur deshalb, haben sie plötzlich den Streit um den Achtstundentag heraufbeschworen, weil sie wußten, daß die Sozialdemokratie in dieser Sache nicht nachgeben kann, nicht nachgeben darf, weil sie wußten, daß dieser Streit die Koalitionsregierung sprengen mußte!

Der Augenblick war ja gut gewählt. In Bayern hat Kahr das Streikrecht der Arbeiter aufgehoben; welches Vorbild, welche Ermunterung für das Unternehmertum in Preußen! Freilich, der Vorstoß ist nicht ganz ohne Gefahr. Die innere Krise hat weiteres fürchtbares Sinken der Mark zur Folge. Die Erbitterung der Arbeiter kann, zumal in Bayern und im Rheinland, wo die Arbeiter die einzigen verlässlichen Stützen der Reichseinheit sind, böse Folgen haben. Und die innere Krise kann Poincaré ermuntern, sich jetzt erst recht in keine Verhandlungen einzulassen, sondern ruhig abzuwarten, bis sich das Reich selbst zerstört und damit das letzte Ziel aller Politik des französischen Imperialismus erreicht wird.

Aber was liegt an alledem? Die Hauptsache ist doch, daß

die Kapitalisten nichts bezahlen müssen!

Ach ja, sie waren immer die Vorbilder deutschen Patriotismus, deutschen Nationalbewußtseins, die Schwerindustriellen und Agrarien, die Junker und Schlotbarone. Solange nämlich die Macht des Reiches ihre Absatzgebiete ausdehnte und die Gewalt des Reiches ihnen die Arbeiter niederhielt. Aber jetzt zahlen, wirklich zahlen für die Rettung des Vaterlandes? Und in dem Vaterland auch noch die Macht mit den Proleten teilen müssen? Nein, nein, so weit reicht kapitalistischer Patriotismus nicht! Das Kapital ist überall und nicht zuletzt in Deutschland zu jedem Verrat an Volk und Vaterland, an Nation und Reich bereit, sobald es zahlen soll.

Zu den Besitzern der industriellen Rohstoffe gesellen sich jetzt die Monopolisten der Ernährungsmittel. Ihr Sprecher schleudert die Aufforderung ins Land: Agrarier, verkauft nichts gegen Papiermark! Etwas anderes wie Papiermark haben aber die Städter nicht. Nun gut, sagt höhnisch der edle Junker von Art und Galm: Dann verhungert ihr eben bei vollen Scheunen!

Die Besprechung der Kanzlerrede.

In einer Sitzung, die länger als 12 Stunden dauerte, hat der Reichstag am Montag zur Rede des Reichskanzlers Stellung genommen. Die Töne klangen gedämpft. Nach dem ersten Bruch der Koalition traut man der Arbeitsgemeinschaft keine große Festigkeit mehr zu. Das spricht auch der Redner der Sozialdemokratie offen aus, wenn die Partei trotzdem wieder in die Dreifache sprang, so deswegen, weil sie noch nicht die Hoffnung aufgeben will, daß die Einheit Deutschlands, daß die Republik doch noch zu retten ist.

Wo ihre Feinde stehen, das zeigte mit aller Deutlichkeit die Rede Westarps, des deutschnationalen Grafen. „Gegen den Marxismus!“ war sein Kampfschrei; einer Regierung, die mit Sozialdemokraten zusammen arbeitet, kündigte er härtesten Kampf an. Brecherisch aber war sein verstellter Appell an die Landwirte, gegen das Papiergeld der Republik keine Waren mehr zu liefern. Er fand zwar stürmischen Widerspruch und Protest, ließ sich dadurch aber nicht hindern. Er will auch den Krieg mit Frankreich. Stresemann antwortete ihm gut und kurz, wie man in dem folgenden Bericht nachlesen kann.

Nach Mitternacht erst erreichte die Sitzung mit der Annahme eines Vertrauensvotums für die Regierung ihr Ende.

Sitzungsbericht.

Präsident Wbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Nach längerer Geschäftsbesprechung wird auf kommunizistischer Antrag beschloffen, das Ermächtigungsgesetz...

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.):

Vor einer Woche, als wir die Debatte über die Regierungserklärung vorbereiteten, war die politische Situation verhältnismäßig einfach. Wollig überraschend kam dann die Regierungskrise, die alles auf den Kopf stellte.

Politik der Verschleierung und der Illusionen

getrieben hat. (Sehr wahr!) Bei seiner Gesamteinstellung zu der Frage der passiven Resistenz mußte es allerdings zu dieser Verschleierungspolitik kommen.

Herr Poincaré, der zum unbestrittenen Sieger geworden ist, hat der deutschen Regierung erklären lassen, daß er mit dem Abbruch des passiven Widerstandes zu Verhandlungen über die Ruhr- und Reparationsfrage bereit sein werde.

Zu Bayern ist einseitig der schwarzweiße Teufel durch den blaumeißen Beschub ausgebrochen worden. (Sehr gut! links!) Der Ausnahmestand ist verfassungswidrig abgelehnt worden.

Die Vorwürfe gegen das Parlament sind stark übertrieben. Nicht der Reichstag, nicht einmal der Reichsrat oder Reichswirtschaftsrat haben die Beschlüsse der Regierung aufgehoben.

Der Reichstag will die deutsche Wirtschaft weitere Schwerkriegsleistungen in der Welt treiben. Um die Produktion zu steigern, haben die Gewerkschaften zu wenig ihre Stimme für die Revolutionsbewegung der Betriebe erhoben.

Die Vorwürfe gegen das Parlament sind stark übertrieben. Nicht der Reichstag, nicht einmal der Reichsrat oder Reichswirtschaftsrat haben die Beschlüsse der Regierung aufgehoben.

Die Vorwürfe gegen das Parlament sind stark übertrieben. Nicht der Reichstag, nicht einmal der Reichsrat oder Reichswirtschaftsrat haben die Beschlüsse der Regierung aufgehoben.

diesem Moment dieser Schritt getan werden mußte. Sicher ist, daß die Koalition zusammenbrechen muß, wenn die bürgerlichen Parteien in ihr die „überlebenden Elemente“ nicht von sich abspalten.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Wir haben die Einleitung der Regierungskrise sehr bedauert. Gerade meine Partei glaubt am ersten dazu berufen zu sein, zu dieser zurzeit brennenden und aktuellen Fragen mit höher Sachlichkeit Stellung zu nehmen.

Durch unerschönte, ganz zwecklose Attentate ist die ganze Bevölkerung geschädigt worden. Die Bevölkerung des besetzten Gebiets bedauert tief diese Mißbräuche und Untaten.

Abg. Graf v. Westarp (Dt.-natl.): Der Parlamentarismus hat verjagt. Des Reichstanzlers Antwort auf diese Feststellung ging am Kerne der Sache vorbei.

Abg. Graf v. Westarp (Dt.-natl.): Der Parlamentarismus hat verjagt. Des Reichstanzlers Antwort auf diese Feststellung ging am Kerne der Sache vorbei.

unter sozialistischer Vorherrschaft stehende Regierung darf nicht diktatorische Befugnisse in Fragen des Eigentums haben.

bei wahren Gefahren besorgert. (Gemeinde Lärme und Rufe: Sie zeigen die Banca zur Hungerkloche an!) Der Reichstanzler hat Ereignisse in die Preispolitik der Straße und Revolutionen angeordnet.

Abg. Scholz (Dt. Sp.) hat zunächst mit plötzlicher Entschiedenheit großer Lärme zu kämpfen. Reiner tritt für eine gütliche Verständigung des Reiches mit Bayern ein und fordert, daß die Regierung für eine Wiederherstellung der Staatsautorität in Sachsen und Thüringen Sorge trage.

Abbruch der Beziehungen zu Frankreich beantwortet? (Rufe bei den Soz.: Und was dann?!)

Reichstanzler Strefemann: Ich bedaure es, daß in dieser Zeit des außenpolitischen Druckes und der innerpolitischen Not der Vorredner eine Rede mit so stark parteipolitischen Einschlag gehalten hat.

in Opposition getreten gegen dieselben Steuern, die sie selbst bewilligt haben. Sie erklärten, sie hätten sie nur dem Kabinett Cuno bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland.

auf verfassungsmäßigem Boden in Deutschland regieren wollen. (Abg. Westarp: Also immer mitlangen!) Ich glaube, Sie würden gern mitlangen, wenn Sie eingeladen würden.

Ich muß mein größtes Bedauern darüber ausdrücken, daß Graf Westarp über das Recht auf Zurückweisung deutschen Papiergeldes hier Worte gesprochen hat, die gerade katastrophal sind.

Ich werde mich nunmehr den von dem Grafen Westarp und Dr. Breitfeld aufgeworfenen Fragen nach der Faltung Englands im Ruhrkampf zu. Ich kann mitteilen, daß Lord Curzon in seiner Rede sagte, es sei von der deutschen Regierung fürchtbar gewesen, daß sie den Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes nicht drei Monate früher gefaßt hat.

Interessen der englischen Weltpolitik setzen. Ich kann auch bestätigen, daß der Aufruf zum Abbruch des passiven Widerstandes die einstimmige Zustimmung aller Ministerpräsidenten gefunden hat.

Abg. Scholz (Dt. Sp.) hat zunächst mit plötzlicher Entschiedenheit großer Lärme zu kämpfen. Reiner tritt für eine gütliche Verständigung des Reiches mit Bayern ein und fordert, daß die Regierung für eine Wiederherstellung der Staatsautorität in Sachsen und Thüringen Sorge trage.

nung in Bayern gestört worden wäre, wohl aber in Sachsen und Thüringen. Diese Bemerkung des Redners ruft den ankatholischen Widerstand der Linken hervor. Abg. Ledebour hält von der Mitte des Saales heraus eine längere Ansprache. Abg. Scholz verlangt die Befreiung von allen Ziffern, Aufhebung der Demobilisationsordnung und der Außenhandelskontrolle, Intensivierung der Arbeit, Abbau der Kohlensteuer, Abbau des Beamtenapparats, und zwar am einfachsten durch Schließung aller Anwärterlisten. Alles das aber sei abhängig von einer stabilen Währung, die man unbedingt geschaffen werden müsse. Hins der schwierigen Probleme werde in diesem Winter das der Ernährung sein. Man sollte daher das Ernährungsministerium mit einem Vertrauensmann der Landwirtschaft besetzen.

Abg. Koch (Weiser, Dem.): Die Fassung in Papiergeld dürfe nicht verschmährt werden, schon im Interesse der vielen Ausgewiesenen, die auch mit Papiergeld bezahlt werden. Der Großgrundbesitz allerdings scheine das Papiergeld nicht zu brauchen, ein Beweis, wie er steuerlich gesteuert worden sei. Auch den Demokraten bereite die Zustände in Sachsen und Thüringen schwere Sorge. An eine Katastrophe des Deutschen Reiches glaube ich nicht, wohl aber an zunehmenden Verfall, wenn nicht bald durch eine starke Regierung Abhilfe geschafft wird.

Abg. Reich (Bahr, Rp.) verteidigt die Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern. Er richtet an alle Regierungen und Parteien die Mahnung und die Bitte, die durch das Nebeneinander beider Verordnungen gegebenen Konfliktmöglichkeiten auf ein Minimum zu beschränken.

Von den Regierungsparteien ist inzwischen folgendes Vertrauensvotum eingegangen:

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Abg. Kömmele (Komm.) erklärt, die weißen Generale des Dr. Gessler hätten dem Parlamentarismus nur die feidene Schür gelehrt, und dieser Reichstag hänge sich daran auf. Das sei der Sinn des Ermächtigungsgesetzes. Das Ermächtigungsgesetz soll erreichen, daß die Niederschlagung des Proletariats durch die weiße Diktatur sich in der Dunkelkammer ohne Kontrolle von Parlament und Presse vollziehe. Redner schließt mit der Erklärung: Die Kommunisten seien bereit, mit den Sozialdemokraten gemeinsam in die Regierung wie in Sachsen und Thüringen einzutreten, unter der Voraussetzung, daß die Sozialdemokraten mit ihnen gemeinsam den proletarischen Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen.

Abg. v. Graefe (deutschvölkisch) wendet sich mit scharfen Worten gegen die Art, in der der passive Widerstand geführt worden sei. Rathgeber ruft der Redner aus: „Ich rechne bestimmt auf eine nationale Erhebung und werde auch die Konsequenzen tragen, die der Mißerfolg einer solchen Erhebung mit sich bringt.“

Reichsminister des Innern Sollmann gibt gegenüber den neuesten unwahren Behauptungen Poincarés noch einmal eine authentische Uebersicht über die blutigen Vorkommnisse in Düsseldorf. Die Regierung danke der Polizei und der Bevölkerung und weise die Angriffe des französischen Ministerpräsidenten als berlegend ganz entschieden zurück.

Reichswehrminister Dr. Gessler ergreift das Wort zu einer Abrechnung mit dem Abg. v. Graefe: Die Macht, die mir anvertraut ist, werde ich rücksichtslos gebrauchen, wie das in Kämpfen gesehen ist.

Justizminister Dr. Rabbrück erklärt, wenn ein Gefängnisbeamter in der Lage ist ihm vom Abgeordneten Graefe nachgesagte Aussetzung getan haben sollte, was ich beweise, so wäre das ein Justizskandal, der disziplinarisch geahndet werden müsse.

Die Abstimmung. Nach 12stündiger Debatte nahm der Reichstag 15 Minuten nach 12 Uhr ohne namentliche Abstimmung gegen die Stimmen der äußersten Rechten und äußersten Linken ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, der der Rechtsauffassung der Reichsregierung in Fragen des bayerischen Ausnahmezustandes, wonach der Ausnahmezustand für das Reich den bayerischen ohne weiteres aufgehoben hat, die Zustimmung erteilt und baldige Klärung verlangt. Dem Rechtsausschuß überwiesen wurde ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Abgelehnt wurden deutschnationale und kommunistische Anträge, den Reichsausschuss aufzuheben. Ebenso kommunistische Anträge, die die Aufhebung der bayerischen Antikriegsverordnung und des bayerischen Kommunistengesetzes verlangen. In den beiden letzten Fällen stimmten die Sozialdemokraten mit den Kommunisten.

Die Mantovollmacht.

Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am Montag der Vorlegung des Entwurfs eines Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit zugestimmt. Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden.

Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterhaltungen der Versicherten und Rentenempfänger der Sozialversicherung sowie der Kleinrentner.

Die erlassenen Verordnungen nach dem Reichstag und dem Reichsrat unterzöghlich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstags sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924, außer Kraft.

Die Zustimmung erfolgte mit 46 gegen 17 Stimmen bei Stimmenthaltung Thüringens. Dagegen stimmten außer einigen — welchen? — preussischen Provinzen Bayern und Mecklenburg-Strelitz. Bayern verlangte die glatte Aufhebung des Achtstundentags.

Gewaltprobe gegen den Achtstundentag.

Die Berggewaltigen des Ruhrgebietes gehen zum Generalangriff vor. Sie befehlen nach dem Vorbilde des Generals Degoutte die Aufhebung des Achtstundentags. Die Bergarbeiter-Gewerkschaften des Ruhrgebietes — und zwar nicht nur die „marxistischen“, sondern auch die christlichen, hirsch-dunkerischen und selbst die polnischen Verbände — haben den hingeworfenen Forderungsjah aufgenommen und richten an die Bergarbeiter folgenden Aufruf:

Unter grober Verletzung der gesetzlichen Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit, des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau, des Betriebsratsgesetzes, des Tarifvertrags und der Arbeitsordnung haben die Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Bergbaues einstimmig am 8. Oktober eine Verlängerung der Arbeitszeit verfügt. Sie befehlen ein-

schach 8 1/2 Stunden für den unterirdischen Betrieb, 10 beziehungsweise 12 Stunden für die Arbeiter über Tage.

Die Unternehmer begründen ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit, die Produktion zu steigern, um die Preise für Rohstoffe ermäßigen zu können. Die Arbeitnehmerorganisationen haben nie einen Zweifel darüber gelassen und vielfach durch die Tat bewiesen, daß sie bereit sind, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten restlos zu tragen.

Das Vorgehen der Unternehmer ist ein unerhörtes, bisher noch nie dagewesenes Vorgehen in der Geschichte der Regelung von Arbeitsbedingungen, soweit sie durch Gesetz und Vertrag geordnet waren. Kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft, keine Regierung, die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft wollen, können ein derartiges diktatorisches Vorgehen hinnehmen.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues auf, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Unternehmer haben kein Recht, vertragliche Arbeitsbedingungen einseitig zu ändern, jedem Versuch auf eine solche Veränderung haben Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte und Belegschaften energisch entgegenzutreten. Der brutale Rechtsbruch der Unternehmer muß von der Arbeiterschaft mit überlegener Ruhe und gestützt auf das gesetzliche und vertragliche Recht zurückgewiesen werden.

Die Arbeitnehmer haben die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich mit Ruhe, aber entschlossen gegen die einseitige Veränderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Die Belegschaftsmitglieder müssen zu der gewohnten Zeit zur Arbeit oder Anfahrts erscheinen. Alle an der Seilschaft Beteiligten haben wie bisher zur gewohnten Zeit ihre Pflicht zu erfüllen, und sämtliche Belegschaftsmitglieder müssen nach Beendigung der tariflichen Arbeitszeit die Betriebe verlassen.

Die an dem Tarifvertrag für den Bergbau beteiligten Organisationen übernehmen die Führung in diesem gerechten Kampf und ersuchen alle Arbeitnehmer, für Ruhe und Arbeit beizugehen und sich streng an die Weisungen der Organisationen zu halten. Nur so kann dieser Kampf zu einem guten Ende geführt werden.

Der Kampf beginnt. Die Vorgänge im Ruhrgebiet beweisen, daß der Achtstundentag nicht gesichert werden kann durch gesetzliche Vorschriften, sondern nur, wenn starke Organisationen der Arbeiter die Einhaltung tariflicher Vereinbarungen erzwingen. Im Ruhrgebiet wird die Gewaltprobe gemacht, der Ausgang dieses Kampfes wird zeigen, ob die Arbeiterschaft schon so gekämpft ist, daß sie dem Diktat der Unternehmer sich fügen muß.

Die Reichsregierung? Sie ist nirgends mächtiger als im Ruhrgebiet, sie kann so gut wie nichts tun, um die Anerkennung reichsbehördlicher Vorschriften dort zu erzwingen. Allzu große Hoffnungen darf man deshalb auch nicht auf Vermittlungsversuche setzen, die der Reichsarbeitsminister unternehmen will.

Der Ruhrgezwaltigen kommt — Nahr zu Hilfe. Der bayerische Vertreter im Reichsrat beantragte Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Einmal, weil den Reichleuten die jetzige Reichsregierung nicht gefällt und zum andern, weil sie der Meinung sind, das Ermächtigungsgesetz hätte die Handhabe zur glatten Aufhebung des Achtstundentags, des Betriebsratsgesetzes usw. bringen müssen.

Dollar Amtl. Notiz vom Montag 835905000, am Dienstag amtlich 1200000000. Letzter Kurs in New York 800 000 000 Mt.

Die Pläne von Stinnes.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt: Bei den Verhandlungen, die zwischen den rheinischen Großindustriellen unter Führung von Stinnes mit dem französischen Oberbefehlshaber Degoutte in Düsseldorf geführt worden sind, hat Stinnes auch eine Entscheidung gegen den Achtstundentag herbeizuführen versucht. Dieses an Landesverrat grenzende Verhalten eines deutschen Reichstagsabgeordneten ist vom dem französischen General mit dem Hinweis abgelehnt worden, es handle sich dabei um eine Frage der deutschen Gesetzgebung. Angesichts dieser Tatsache muß man die Frage aufwerfen, wie lange sich der Deutsche Reichstag und das deutsche Volk noch einen „Vollstvertreter“ gestatten will, der im Kampf um innerpolitische Meinungsverschiedenheiten die Hilfe französischer Bonnetts anlehnt. Kaum Monate haben die Bergarbeiter des Ruhrgebietes gegen die Franzosen verteidigt, jetzt versuchen deutsche Großindustrielle, sie mit Hilfe französischer Bonnetts zu Sklaven herabzudrücken.

Die Reichsregierung muß ihre Stellung zu diesen Dingen der Öffentlichkeit schleunigst bekanntgeben. Wir erwarten, daß Stresemann, der gegen die mangelnde Opferwilligkeit der Wirtschaftler so kräftige Worte fand, diesen Dolchstoß gegen die deutsche Souveränität so scharf beurteilt, wie es die Rücksicht auf die Bergarbeiter und die gesamte deutsche Arbeiterschaft erfordert. Um so mehr als die rheinischen Großindustriellen jetzt auch der Reichsregierung Forderungen unterbreitet haben, deren Aufstellung allein zeigt, daß sie die Autorität der Regierung im Ruhrgebiet untergraben wollen, und meinen, jetzt könnte die alte Forderung von Stinnes nach wirtschaftlicher Selbständigkeit des Ruhrgebietes verwirklicht werden.

Die rheinischen Industriellen verlangen u. a. Erlass der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle; Erlass der seit dieser Zeit zwangsweise erhobenen Kohlensteuer; Vereinfachung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet; Garantie der Vergütung für künftig zu liefernde Reparationskohle; Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane der Kohlen im besetzten Gebiet; Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen weiterzuführen; Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln; Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und Aufhebung sämtlicher Demobilisationsverordnungen.

Die rheinischen Industriellen verlangen ferner von der Reichsregierung Auskunft, wie sich die Reichsregierung zu der Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiet stellt, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt sind.

Diese Pläne zeigen Stinnes und seine Trabanten in Reinkultur. Die Schwerezeiten der außenpolitischen Lage

Deutschlands werden von ihnen zum schärfsten Druck auf die eigene Regierung und das eigene Volk benutzt. Zwischen von Stinnes soll die Reichsregierung abdanken! In die Oberhoheit über das Schicksal des Ruhrgebietes lassen. Wir unterbreiten diese Pläne deshalb der Öffentlichkeit in der sichern Erwartung, daß damit allen denen die Augen geöffnet werden, die Stinnes bisher noch nicht als das erkannt hatten, was er wirklich ist, nämlich der Feind des deutschen Volkes.

Und diesen Mann duldet die Volkspartei in ihren Reihen! Ja, mehr noch. Ihm folgen bedingungslos wichtige Teile der Partei, vorübergehend sogar die ganze Reichstagsfraktion. Wirft die Volkspartei diesen Schädling nicht aus ihrem Lager, so macht sie sich mit schuld an den Lockstrennungsbemühungen des Rheinlandes und Ruhrreviers, auf die die Pläne des Stinnes und Komforten hinauslaufen.

Sage mir, wen du in deinen Reihen duldest, und ich will dir sagen, wer du bist! —

Kommunistische Minister.

Unter dem Druck der marschierenden Reaktion werden die Kommunisten beschleunigt und fangen an, Politik zu machen. Ein Bezirksparteitag der thüringischen Kommunisten hat ohne Widerspruch eine vollkommene Schwendung vorgenommen und einstimmig den bedingungslosen Eintritt in die Regierung beschloffen.

In Sachsen ist man einen Schritt weiter, dort werden bereits die Namen der zukünftigen kommunistischen Minister genannt: Brandler soll das Finanzministerium übernehmen und Bötscher das Kultusministerium. Die Vorstellung des neuen Ministeriums und die Abgabe einer Regierungserklärung soll am Donnerstag erfolgen.

Wie lange es möglich ist, mit den Kommunisten in Thüringen und Sachsen zu regieren, hängt leider nicht allein von den kommunistischen Arbeitern ab. Solange die Leitung der Kommunisten unter dem Einfluß der Moskauer Regierung steht, solange die Zentrale der Kommunisten nichts anderes als ein Posten der russischen Außenpolitik ist, ist eine vernünftige Entwicklung der deutschen Kommunisten nicht zu erwarten, aber tägliche Ueberstärkungen.

Notizen.

Antisemitische Ausschreitungen in Weuthen. In Weuthen kam es dieser Tage zu antisemitischen Ausschreitungen schwerster Art. Es wurden auf der Bahnhofstraße und den übrigen Hauptstraßen alle jüdisch aussehenden Personen überfallen und mißhandelt. Die Straßen wurden gesperrt und jeder Passant verhaftet, ob er Jude sei. An den Ausschreitungen beteiligten sich etwa 600 Leute, die antisemitischen Kampfbündeln angehören. 15 bis 20 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Die Schutzpolizei griff ein, ohne jedoch Verhaftungen vornehmen zu können.

Judenausweisung aus Bayern. Nach Mitteilungen aus Bayern hat nach die Absicht, in großem Umfang Juden aus Bayern auszuweisen, und zwar zunächst alle, die erst seit 1914 in Bayern ansässig sind.

Depeschen.

Deutsche Schwerindustrielle und Franzosen.

Ab. Paris, 9. Oktober. Havas berichtet aus Düsseldorf, zwischen der Internationalen Kontrollkommission und den Gesellschaften Rhodan und Rheinisch-Westfälische sei ein Abkommen getroffen worden. Hiernach nehmen diese beiden Konzerne die Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder auf. Sie zahlen die Kohlensteuer und die rückständige Kohlensteuer seit der Besetzung. Als Gegenleistung werden die beschlagnahmten Metallwaren freigegeben und den Fabriken auf Grund der erlangten Ausfuhrerzeugnisse gestattet, die Ausfuhr ihrer Produkte auf der Grundlage der Exporte von 1922 aufzunehmen. (Siehe die Uebersichten „Die Pläne des Stinnes“ und „Gewaltprobe gegen den Achtstundentag“. Red.)

Frankreich und Rußland.

Ab. Paris, 9. Oktober. Senator de Monzie, der jüngst eine Reise nach Moskau unternahm, schlägt heute im Journal vor, Frankreich möge die progressive Anerkennung Sowjetrußlands ins Auge fassen und eine Handelsmission nach Moskau schicken, die in der polnischen Gesandtschaft ihre Geschäftsstelle errichten solle. Diese Mission solle ein produktives Abkommen abschließen, das nach einigen Probemonaten einen endgültigen Charakter annehmen könne. In der Zwischenzeit könne man über den Betrag der russischen Schuld verhandeln und den zur Finanzierung ihres Zinsendienstes notwendigen Fonds sicherstellen.

Lenin.

Ab. Moskau, 9. Oktober. Der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Molotow, teilte in einer Versammlung mit, daß in dem letzten zwei Monaten eine entscheidende Besserung in dem Gesundheitszustand Lenins eingetreten sei. Lenin macht längere Spaziergänge und unternimmt Autofahrten. Seine Sprachfähigkeit und seine frühere Energie kehren allmählich wieder. Lenin zeige regen Anteil an der Gestaltung des politischen Lebens.

Eine Bombe in der Produktenbörse.

Ab. Berlin, 9. Oktober. Laut „Völkzeitung“ wurde vor einigen Tagen in der Berliner Produktenbörse eine Bombe gefunden, bei der die Zündschnur abgebrannt war, ohne den im übrigen ziemlich schwachen Explosionsstoff zur Entladung zu bringen.

Den Mann vergiftet.

Ab. Köln, 9. Oktober. In kürzlicher Sitzung wurde vor dem Schwurgericht gegen Frau Franziska Bagemann und deren Liebhaber, Joseph Schneider, verhandelt. Beide hatten gemeinsam dem kranken Chemiker mit Arsenit vergiftete Speisen verabreicht. Der Chemiker starb am 16. April 1923. Die Leichenschauung ergab Arsenübergiftung. Die Frau wurde des Mordes und ihr Liebhaber der vorläufigen Tötung für schuldig erklärt. Die Frau wurde zum Tode, ihr Liebhaber zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Rasieren

Wenn beim Rasieren das Haar ausfällt, die Haut leicht wird, wird über dem Gesicht die Haut austrocknen, so verwenden Sie zur Abhilfe die neue, kostengünstige Rasierseife „L'Espresso“. Geringe Menge rasieren Sie sich rasch und angenehm.

Mengenabgabe vorbehalten!

Martin Weilbacher

Spezialgeschäft für Vielesfelder Wäsche und Aussteuer
Falkenbergstraße 14, I, gegenüber dem Zirkus
Telephon 4058

Ich bin in der Lage, nach kurzer Zeit, trotz hoher Preissteigerung, sehr günstig anzubieten:

Bettwäsche

1 Bezug	bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen, in Einon, Qualität II, ungenäht	1.950 Millionen
1 Bezug	bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen, in Einon, Qualität I	2.315 Millionen
1 Bezug	bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen, in Satinstreifen, Qualität II	2.395 Millionen
1 Bezug	bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen, in Satinstreifen, Qualität I	2.950 Millionen
1 Bezug	bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen, in Damast, Qualität I	3.400 Millionen
Geblümter Bettbezug	bestehend aus 1 Deckbett und 2 Kissen	1.900 Millionen
Wäschestoffe	in Semdentuch, Renforcé, Radapolam pro Meter	150, 160, 180, 190, 200, 250 MILL. MET.
Bettlakenstoffe	in Saustuch, Dowlas, Halbellen	1668
Fertige Leibwäsche:	Damen-Taghemden, Seidenschleier, Nachthemden, Steil-Leibwäsche, Garnituren, Unterhosen, Prinzessröcke, elegante Badelwäsche	
Blusenflanelle, Hemdenbarchent		
Oberhemden, Strümpfe		

Verkaufszeit: 10 bis 12 Uhr vormittags, 3 bis 7 Uhr nachmittags.

Wesche & Co. Magdeburg - N.

Handelshafen nahe dem Elektrizitätswerk. — Fernspr. 526. — Direktor Wasser- und Gleisanschluss.

Altmaterial-Verwertung

von Altisen, Eisenspänen, Maschinen, Lokomobilen und Kesseln, Feldbahnen, maschinellen Anlagen, Transmissionen, vollständigen Fabrik- und Werkeinrichtungen auf Abbruch evtl. mit Gebäuden sowie Grund und Boden.
von Altmetallen aller Art, Metallspänen, neuen Metallabfällen, Metallaschen, Akkumulat.-Batterien, altem Akkumulatorenblei, Bleischlamm und metallhaltigen Rückständen aller Art.
Feste Angebote stets erwünscht. 1605

Damen- u. Herrenräder

Für Sänger, Redner, Raucher, Sportleute



Bei Husten, Heiserkeit, Katarrh schämlichend, erfrischend und durstlöschend.

Herren- od. Damen-Rad Motorrad
Vogelgesang. Dahlienflor. Gesellschaftsbill.

Groß-Ankaufstag für Ferngläser

Zeiß und Goerz
für 6 x 30 = 5 000 000 Mark
für 6 x 24 = 3 500 000 Mark
andere dementsprechend.

Laufer

Peterstraße Nr. 2.
Fernruf 4436.

Wer gezwungen ist

goldene Schmuckfächer
silberne Tafelgeräte
Bekette oder dergl. Wertobjekte
Antaufsstelle für Edelmetalle
vereinigter Uhrmacher
Schnitzwerk 112 (Sankt Severin, Lötung)
höchst wägbare Preise für
Gold-, Silber-, Platin-
und Dublet-Bruch.

Sichern Sie Ihr Geld vor Entwertung durch Gutscheine!

Viele unserer Kunden haben schon davon Gebrauch gemacht.
Wir geben Ihnen für Ihre Anzahlung Gutscheine auf Goldmark lautend wie folgt:
1,05 Goldmark = 1/4 Dollar, 2,10 Goldmark = 1/2 Dollar, 4,20 Goldmark = 1 Dollar usw.
Die Ausgabe und Einlösung erfolgt nach dem letztbekannten amtlichen Berliner Geldkurs, Dollar abgerundet nach unten auf volle Millionen-Beiträge. — Die Gutscheine lauten auf den Namen des Einzahlers und werden beim Kauf in Zahlung genommen. Eine Rückzahlung in bar kommt nicht in Frage.
Sie können also wieder bei uns auf Anschaffung eines Kleidungsstückes sparen!



Das führende Haus in Herren- und Knabenkleidung
Breiteweg 45/47, Magdeburg, Breiteweg 45/47.

Wolle
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung

Wer
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung

Gold-, Silber-, Platin-, Dublet-Bruch u. Gegenstände
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung

Wolle
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung
Schnitzwerk 112
Sankt Severin, Lötung

Alte Gebisse
Gold-, Silber-, Platin-Bruch und Gegenstände
Georg Sack
Klein Lucken 114
gegenüber dem Zirkus

4ling

Seife

Die preiswerte Toiletteseife von wunderbar mildem Schaum und entzückendem Duft!

Royal
Kunstspiele
Breiteweg 94
Dir. 6. Kamin

Städtische Theater
Stadttheater
Mittwoch, 10. Oktober
Theater-Konzert
Anf. 7 1/2, Ende 10 Uhr.

Wohlfühl-Theater
Mittwoch, 10. Oktober
Bericht f. d. Gesellschaft
für Theater und Kunst

Der Kampfenjirm
Schiffahrt von Göt.
Anf. 7 1/2, Ende 10 Uhr.

HOZO
Klein-Konzert
Hohenzollern
Täglich 8 Uhr
Sonntags 4-Uhr-Tea

Konzerthaus

Jeden Mittwoch ab 7 Uhr
Gr. Gesellschaftsbill

Hofjäger

Heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr
sowie jeden Sonntag nachm. 4 Uhr
Großer Gesellschaftsbill

Zentral

Des Königs Nachbarin
Friedrich der Große:
7 1/4 Uhr
Max Grünberg a. G.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Enkeltochter desien wir herzlich danken.
Magdeburg, den 9. Oktober 1923.
Emma Gsch. geb. Barche
und Kinder.

Glaubenswichtige Nachrichten.
Magdeburg, den 9. Oktober 1923.
Magdeburg, den 9. Oktober 1923.
Magdeburg, den 9. Oktober 1923.

Wichtig, Zeitungsträgerinnen!
Mittelmännische Volkstänzer
Hoher Rabatt! — Billig!
Magdeburg, den 9. Oktober 1923.

Zahle
erlaubt hohe Preise in
Magdeburg, den 9. Oktober 1923.

Fürstenhof
Arkadia
Kunstspiele
8 Uhr:
Das große Klavier-
Programm
Mittwochs- und
Sonntags
Vorstellung u. Tanz